



EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG

Wilhelmshaven

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2021

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven, - bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2021 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigelegte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2021 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 und

- vermittelt der beigelegte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit

Wir verweisen auf die Angaben in dem Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ im Anhang und die Angaben in Abschnitt „6. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht“ im Unterabschnitt „Liquiditätsrisiko“ im Lagebericht, in denen die gesetzlichen Vertreter beschreiben, dass die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven, derzeit und ausgehend von dem Business-Plan im Prognosezeitraum auch nach dem Eintritt der neuen Gesellschafterin HL Terminals GmbH, Hamburg, neben die Gesellschafterin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen, weiterhin aufgrund der noch bestehenden Unterauslastung des Containerterminals liquiditätswirksame Verluste erwirtschaften wird und zudem hohe finanzielle Mittel im Zusammenhang mit Investitionen für den Kapazitätsausbau benötigt. Die Gesellschaft ist daher zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und damit zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit von der finanziellen Unterstützung der EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen, abhängig, welche der Gesellschaft die liquiden Mittel zur Finanzierung des operativen Geschäfts und der notwendigen Investitionen durch die Einbeziehung in den Cashpool der EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen, zur Verfügung stellen wird und gegenüber der Gesellschaft erklärt hat, auf eine Kündigung der Cashpooling-Vereinbarung bis zum 30. April 2024 zu verzichten. Auch über den Prognosezeitraum hinaus ist die Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft bis zum Erreichen nachhaltig positiver operativer Cashflows



noch von der finanziellen Unterstützung der Gesellschafter abhängig, für die bislang keine verbindlichen Zusagen vorliegen. Ohne diese finanzielle Unterstützung würde sich das bestandsgefährdende Risiko materialisieren. Damit wird auf das Bestehen einer wesentlichen Unsicherheit hingewiesen, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann und ein bestandsgefährdendes Risiko im Sinne des § 322 Abs. 2 Satz 3 HGB darstellt.

Unsere Prüfungsurteile sind bezüglich dieses Sachverhalts nicht modifiziert.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Personenhandelsgesellschaften im Sinne des § 264a Abs. 1 HGB geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten, falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können;

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben;

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben;

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann;

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt;

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens;



- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

C. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung durch die gesetzlichen Vertreter

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse halten wir die Darstellung und Beurteilung der Lage des Unternehmens und seiner voraussichtlichen Entwicklung durch die gesetzlichen Vertreter im Jahresabschluss und im Lagebericht für zutreffend.

Geschäftsverlauf und Lage der Gesellschaft

Hervorzuheben sind insbesondere die folgenden Aspekte:

- Die Umschlagsmengen der Gesellschaft sind im Geschäftsjahr 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 68,5 % (712.953 TEU, Vorjahr: 423.243 TEU) gestiegen.
- Der Mengenanstieg ist unter anderem auf Nachholeffekte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurückzuführen, die zu Überauslastungen der Umschlagskapazitäten aufgrund der Fahrplanuntreue der Containerreedereien und nachhaltige Schiffsverspätungen führten. Der Containerterminal profitierte im Berichtsjahr zudem von einer vorübergehenden Verlagerung einzelner Kundendienste nach Wilhelmshaven.
- Die Umsatzerlöse stiegen im Berichtsjahr aufgrund der gestiegenen Umschlagsmengen sowie höherer Durchschnittserlöse pro Container von TEUR 26.933 auf TEUR 48.210.
- Korrespondierend mit dem mengenbedingten Anstieg der Umsatzerlöse haben sich die Materialaufwendungen von TEUR 6.598 auf TEUR 7.286 und die Personalaufwendungen von TEUR 28.026 auf TEUR 30.940 erhöht. Im Gegensatz dazu reduzierten sich die sonstigen betrieblichen Aufwendungen im Wesentlichen aufgrund einer im Vergleich zum Vorjahr geringeren Zuführung zu der Drohverlustrückstellung für mögliche Vertragsstrafen kommender Jahre aufgrund voraussichtlicher Nichterreichung garantierter Umschlagsmengen.
- Die Gesellschaft erzielte im Berichtsjahr einen gegenüber dem Vorjahr reduzierten Jahresfehlbetrag von TEUR 31.240 (Vorjahr: TEUR 59.477), welcher im Wesentlichen auf die weiterhin bestehende kapazitätsmäßige Unterauslastung des Containerterminals zurückzuführen ist.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft

Die Darstellung der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft im Lagebericht basiert auf Annahmen, bei denen Beurteilungsspielräume vorhanden sind. Wir halten diese Darstellung für plausibel. In diesem Zusammenhang ist insbesondere auf folgende Kernaussagen hinzuweisen:

- Die Erreichung einer angemessenen Auslastung des EUROGATE Container Terminals in Wilhelmshaven ist unverändert von hoher Bedeutung. Die Umschlagsentwicklung 2021 war hierbei durch pandemische Effekte und einer hohen Anzahl ungeplanter Schiffsanläufe (Inducement Calls) positiv beeinflusst. Wilhelmshaven ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Schiffsgrößenentwicklung und den damit verbundenen nautischen Einschränkungen der Fahrwasser von Außenweser und Elbe für die Abfertigung von Großcontainerschiffen gut geeignet.
- Durch die am 29. April 2022 seitens der Hapag-Lloyd AG erfolgte mittelbare Übernahme der 30 %igen Beteiligung an der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven KG zeichnet sich durch den neuen Partner und Kunden Hapag-Lloyd AG im Tiefwasserhafen Wilhelmshaven aufgrund der Entwicklung zu immer größeren Containerschiffen in den kommenden Jahren eine konkrete Wachstums-Perspektive ab.
- Am Standort Wilhelmshaven konnte im Geschäftsjahr 2022 eine Umschlagsmenge leicht unter dem Niveau des Vorjahres 2021 erzielt werden. Die Geschäftsführung rechnet mit einer Verbesserung der Auslastungssituation ab dem Jahr 2023. Bis dahin werden die operationellen Kapazitäten durch Erhöhung der vorhandenen acht Containerbrücken und die Beschaffung von zwei weiteren Containerbrücken aufgestockt. Darüber hinaus ist perspektivisch die Umrüstung des landseitigen Betriebs auf ein automatisiertes System vorgesehen.
- Im Geschäftsjahr 2022 hat sich das operative Ergebnis der Gesellschaft insbesondere bedingt durch deutlich erhöhte Lagergelderlöse deutlich verbessert, ist jedoch noch leicht negativ.



- Für 2023 wird für die Gesellschaft aufgrund der sich bereits abzeichnenden Normalisierung der Marktsituation und eines damit verbundenen deutlichen Rückgangs der in den beiden vergangenen Jahren außerordentlich hohen Lagergelderlöse in Verbindung mit den zu erwartenden Vorlaufkosten für den Kapazitätsausbau ein gegenüber 2022 deutlich rückläufiges und erneut negatives Jahresergebnis erwartet.

Bestandsgefährdende Tatsachen

In Erfüllung unserer Berichtspflicht i. S. d. § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB über Tatsachen, die den Bestand der Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können, weisen wir besonders auf die von der Geschäftsführung in Abschnitt „Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ des Anhangs und in Abschnitt „6. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht“ im Unterabschnitt „Liquiditätsrisiko“ des Lageberichts dargestellte Sachverhalte hin, wonach die Gesellschaft derzeit und ausgehend von dem Business-Plan im Prognosezeitraum auch nach dem Eintritt der neuen Gesellschafterin HL Terminals neben die Gesellschafterin EUROGATE Holding weiterhin aufgrund der noch bestehenden Unerauslastung des Containerterminals liquiditätswirksame Verluste erwirtschaften wird und zudem hohe finanzielle Mittel im Zusammenhang mit Investitionen für den Kapazitätsausbau benötigt. Auf der Grundlage des Business-Plans wird in dieser neuen Gesellschafterkonstellation davon ausgegangen, dass der Containerterminal mittelfristig eine angemessene Auslastung erfahren soll und auch positive Ergebnisse erwirtschaftet werden. Die Gesellschaft ist daher zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und damit zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit von der finanziellen Unterstützung der EUROGATE Holding abhängig, welche der Gesellschaft die liquiden Mittel zur Finanzierung des operativen Geschäfts und der notwendigen Investitionen durch die Einbeziehung in den Cashpool der EUROGATE Holding zur Verfügung stellen wird und gegenüber der Gesellschaft erklärt hat, auf eine Kündigung der Cashpooling-Vereinbarung bis zum 30. April 2024 zu verzichten. Auch über den Prognosezeitraum hinaus ist die Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft bis zum Erreichen nachhaltig positiver operativer Cashflows noch von der finanziellen Unterstützung der Gesellschafter abhängig, für die bislang keine verbindlichen Zusagen vorliegen. Ohne diese finanzielle Unterstützung würde sich das bestandsgefährdende Risiko materialisieren.

II. Unregelmäßigkeiten

Bei der Durchführung der Abschlussprüfung haben wir die im Folgenden aufgeführten Unrichtigkeiten oder Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften zur Rechnungslegung sowie Tatsachen festgestellt, die Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften darstellen oder erkennen lassen:

Vorschriften zur Rechnungslegung

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021 nicht innerhalb der gesetzlichen Aufstellungsfrist gemäß § 264 Abs. 1 Satz 3 HGB aufgestellt. Wir haben die Geschäftsführung auf die Aufstellungsfristen hingewiesen.

Sonstige gesetzliche Regelungen

Der Jahresabschluss und die übrigen vom Gesetz hierfür vorgesehenen Unterlagen sind entgegen § 325 HGB noch nicht offengelegt worden. Wir haben die Geschäftsführung auf die Offenlegungspflichten hingewiesen.

D. Prüfungsdurchführung

I. Gegenstand der Prüfung

Im Rahmen des uns erteilten Auftrags haben wir gemäß § 317 HGB die Buchführung, den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - und den Lagebericht auf die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geprüft.

Die maßgebenden Rechnungslegungsgrundsätze für unsere Prüfung des Jahresabschlusses waren die Rechnungslegungsvorschriften der §§ 242 bis 256a HGB und der §§ 264 bis 288 HGB sowie die ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags.

Die ergänzende Bilanzierungsbestimmung aus dem Gesellschaftsvertrag ist folgende:

- In Abweichung zur gesetzlichen Regelung des § 161 Abs. 2 HGB i. V. m. § 121 HGB obliegt die Entscheidung über die Verwendung positiver Jahresergebnisse der Gesellschafterversammlung.

Prüfungskriterien für den Lagebericht waren die Vorschriften des § 289 HGB.



II. Art und Umfang der Prüfung

Unsere Prüfung haben wir in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen.

Die Prüfung erstreckt sich nicht darauf, ob der Fortbestand des geprüften Unternehmens oder die Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Geschäftsführung zugesichert werden kann.

Grundlage unseres risikoorientierten Prüfungsansatzes ist die Entwicklung einer Prüfungsstrategie und eines darauf abgestimmten Prüfungsprogramms, mit dem Ziel ausreichende geeignete Prüfungsnachweise zu erlangen, um das Prüfungsrisiko auf ein vertretbar niedriges Maß zu reduzieren. Das Prüfungsprogramm enthält die von den Mitgliedern des Prüfungsteams durchzuführenden Prüfungshandlungen nach Art, zeitlicher Einteilung und Umfang.

Bei der Identifizierung und Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern auf Abschluss- und Aussageebene erlangen wir ein Verständnis von dem Unternehmen und dessen Umfeld, einschließlich des internen Kontrollsystems und ggf. der für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen. Diese Prüfungshandlungen zur Risikobeurteilung ergänzen wir um Datenanalysen. Darauf aufbauend führen wir ggf. Funktionsprüfungen durch, um die Wirksamkeit von relevanten Kontrollen zu beurteilen. Die Erkenntnisse aus diesen Prüfungshandlungen haben wir bei der Festlegung der aussagebezogenen analytischen Prüfungshandlungen und der Einzelfallprüfungen berücksichtigt, die darauf ausgerichtet sind, wesentlich falsche Darstellungen aufzudecken.

Bei der Planung und Durchführung der Prüfung als auch bei der Beurteilung der Auswirkungen von identifizierten falschen Darstellungen auf die Prüfung und von etwaigen nicht korrigierten falschen Darstellungen auf den Abschluss und ggf. den Lagebericht haben wir das Konzept der Wesentlichkeit beachtet.

Unser Prüfungsprogramm hat folgende Schwerpunkte umfasst:

- Analyse des Prozesses der Jahresabschlusserstellung;
- Werthaltigkeit der immateriellen Vermögensgegenstände und der Sachanlagen;
- Ansatz und Bewertung der Forderungen;
- Vollständigkeit und Bewertung der Rückstellungen;
- Im Rahmen unserer Prüfung haben wir uns besonders damit befasst, ob die gesetzlichen Vertreter den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit angemessen angewandt haben. Bei der Beurteilung der Fähigkeit des Unternehmens zur Fortführung seiner Tätigkeit haben wir den 3. Nachtrag zur Cashpooling-Vereinbarung vom 16. März 2023 berücksichtigt, in welcher die EUROGATE Holding gegenüber der Gesellschaft erklärt, auf eine Kündigung der Cashpooling-Vereinbarung bis zum 30. April 2024 zu verzichten.
- Prüfung der Angaben im Lagebericht, insbesondere prognostischer Angaben.

Weiterhin haben wir u. a. folgende Standardprüfungshandlungen vorgenommen:

- Bankbestätigungen haben wir von Kreditinstituten eingeholt. Rechtsanwaltsbestätigungen über schwebende Rechtsstreitigkeiten haben wir erbeten und erhalten.
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen haben wir uns durch Einholung von Saldenbestätigungen nach pflichtgemäßem Ermessen nach einer bewussten Auswahl überzeugt
- Von der zutreffenden Bilanzierung der Forderungen gegen Gesellschafter und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen haben wir uns durch Einholung von Saldenbestätigungen nach pflichtgemäßem Ermessen nach einer bewussten Auswahl überzeugt.
- Außerdem haben wir die Veränderungen der Posten des Jahresabschlusses mithilfe analytischer Verfahren auf ihre Plausibilität untersucht.

Die Arbeit eines vom Unternehmen eingesetzten Versicherungsmathematikers wurde für unsere Prüfung der Bilanzierung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen als Prüfungsnachweis genutzt. Wir haben, soweit notwendig, unter Berücksichtigung der Bedeutung der Tätigkeit des Sachverständigen für die Ziele unserer Abschlussprüfung die Kompetenz, die Fähigkeiten und die Objektivität des Sachverständigen beurteilt, ein Verständnis von der Tätigkeit des Sachverständigen gewonnen und die Eignung der Tätigkeit des Sachverständigen als Prüfungsnachweis für die relevante Aussage beurteilt.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erbracht worden. Die gesetzlichen Vertreter haben uns die Vollständigkeit dieser Aufklärungen und Nachweise sowie der Buchführung, des Jahresabschlusses und des Lageberichts schriftlich bestätigt.

III. Unabhängigkeit

Bei unserer Abschlussprüfung haben wir die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet.



E. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht die Buchführung den gesetzlichen Vorschriften. Die aus weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen haben zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht geführt.

Als zusammenfassendes Ergebnis unserer Prüfung, die sich auf

- die Ordnungsmäßigkeit der Bestandteile des Abschlusses und deren Ableitung aus der Buchführung,
- die Ordnungsmäßigkeit der im Anhang gemachten Angaben,
- die Beachtung der Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften,
- die Beachtung aller für die Rechnungslegung geltenden gesetzlichen Vorschriften einschließlich der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und aller größenabhängigen, rechtsformgebundenen oder wirtschaftszweigspezifischen Regelungen und
- die Beachtung von Regelungen des Gesellschaftsvertrags, soweit diese den Inhalt der Rechnungslegung betreffen,

erstreckt hat, haben wir den in Abschnitt B wiedergegebenen Bestätigungsvermerk erteilt.

Die gesetzlichen Vertreter haben die Berichterstattung über die Organbezüge im Anhang unter Bezugnahme auf § 286 Abs. 4 HGB nach unserer pflichtgemäßen Beurteilung der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse berechtigterweise eingeschränkt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

1. Bewertungsgrundlagen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sowie den für die Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden maßgeblichen Faktoren einschließlich etwaiger Auswirkungen von Änderungen an diesen Methoden machen wir folgende Angaben:

Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen

Die Gesellschaft bewertet die immateriellen Vermögensgegenstände und Sachanlagen mit ihren fortgeführten Anschaffungskosten oder den niedrigeren beizulegenden Werten am Bilanzstichtag, sofern von einer dauernden Wertminderung auszugehen ist.

Der Containerterminal in Wilhelmshaven wurde im Geschäftsjahr 2012 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Seit der Inbetriebnahme resultieren die Verluste der Gesellschaft aus der signifikanten Unterauslastung des Terminals, so dass den Aufwendungen für planmäßige Abschreibungen des Anlagevermögens, Personal, Verwaltung und Zinsen keine ausreichenden Erträge aus dem Umschlag von Containern gegenüberstehen.

Die seit Inbetriebnahme anhaltende Verlustsituation der Gesellschaft wurde von den gesetzlichen Vertretern als ein Anzeichen für eine mögliche dauernde Wertminderung der langfristigen Vermögensgegenstände gesehen, weshalb im Berichtszeitraum ein Werthaltigkeitstest auf Basis der für die Gesellschaft vorliegenden Unternehmensplanung nach dem Discounted-Cashflow-Verfahren durchgeführt wurde. Den in die Planungen einfließenden Werten liegen zahlreiche Annahmen bezüglich der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft zugrunde, so dass der im Rahmen des Discounted-Cashflow-Verfahrens ermittelte Barwert, welcher den Buchwerten gegenübergestellt wird, in einem hohen Maße ermessensabhängig ist. In die Ermittlung des Diskontierungszinssatzes fließen als bewertungsrelevante Parameter der risikolose Zinssatz (0,1 %), die Marktrisikoprämie (7,0 %) und der Beta-Faktor unverschuldet (0,61) ein.

Sonstige Rückstellungen

	01.01.2021 EUR	Inanspruchnahme EUR	Auflösung EUR	Zuführung EUR	31.12.2021 EUR
Drohverluste	29.101.541	-	-	8.293.764	37.395.305
Erlösschmälerungen	2.782.396	(1.771.280)	(1.015.825)	3.804.000	3.799.291
Übrige	6.019.539	(4.858.667)	(135.423)	14.030.406	15.055.855
	37.903.476	(6.629.947)	(1.151.248)	26.128.170	56.250.451

Sonstige Rückstellungen für TEU-Garantien

Die zum Bilanzstichtag bestehenden Rückstellungen für TEU-Garantien betragen TEUR 48.973 (Vorjahr: TEUR 29.102) und beinhalten eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von TEUR 37.395 sowie eine Rückstellung für ausstehende Eingangsrechnungen in Höhe von TEUR 11.578, die in den übrigen Rückstellungen enthalten ist.

Die Rückstellung für ausstehende Eingangsrechnungen beinhaltet die Verpflichtungen aus nicht erreichten, aber vertraglich garantierten Mengen für den Zeitraum vom 21. September 2020 bis zum 31. Dezember 2021.

Die Drohverlustrückstellung wurde für potenzielle Vertragsstrafen der kommenden Jahre aus garantierten Umschlagsmengen für den Standort Wilhelmshaven gebildet. Die Bewertung der Drohverlustrückstellung zum Bilanzstichtag basiert auf der Unternehmensplanung der Gesellschaft für die Geschäftsjahre 2022 bis 2052 und der damit einhergehenden Umschlags- und Umsatzplanung. Nach der vorliegenden Planung wird die Gesellschaft in den Geschäftsjahren 2022 bis 2031 aus ihrer Verpflichtung in Anspruch genommen werden.

Sollte sich die Umschlagsentwicklung besser entwickeln als geplant, wären teilweise Auflösungen der Rückstellungen möglich. Sofern sich die Umschlagsentwicklung in Folgejahren schlechter darstellt als derzeit geplant, könnten sich weitere Belastungen der künftigen Jahresergebnisse ergeben. Mögliche Veränderungen an den vertraglichen Grundlagen der Garantie könnten in Folgejahren zu teilweisen Auflösungen der Rückstellungen führen.

Rückstellungen für Erlösschmälerungen

Die Rückstellungen für Erlösschmälerungen werden im Wesentlichen für zugesagte Rabatte gegenüber den Containerreedereien gebildet, welche jeweils an bestimmte Umschlagsmengen gebunden sind. Die Bildung und Auflösung der Rückstellungen erfolgt zulasten bzw. zugunsten der Umsatzerlöse.

Der Anstieg der Rückstellung für Erlösschmälerungen von TEUR 2.782 auf TEUR 3.799 steht in Zusammenhang mit im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Umschlagsmengen.

Im Übrigen verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang (Anlage 3) zu weiteren Bewertungsgrundlagen.

2. Zusammenfassende Beurteilung

Nach unserer pflichtgemäß durchgeführten Prüfung sind wir zu der in unserem Bestätigungsvermerk getroffenen Beurteilung gelangt, dass der Jahresabschluss insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2021 der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven, erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V., Düsseldorf (IDW PS 450 n. F.).

Hamburg, 21. April 2023

Ernst & Young GmbH

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Berg, Wirtschaftsprüferin
Remmers, Wirtschaftsprüfer

Bilanz zum 31. Dezember 2021

AKTIVA

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. ANLAGEVERMÖGEN		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	36.995.091,62	38.656.548,58
	36.995.091,62	38.656.548,58
II. Sachanlagen		
Bauten auf fremden Grundstücken	67.002.442,67	71.527.820,91
Technische Anlagen und Maschinen	27.091.629,97	29.932.612,29
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	763.779,19	892.900,75
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	62.118,63	85.462,74
	94.919.970,46	102.438.796,69
	131.915.062,08	141.095.345,27
B. UMLAUFVERMÖGEN		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	403.846,42	303.379,23
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	7.056.637,90	3.672.727,30
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	35.451,42	35.046,62
Forderungen gegen Gesellschafter	17.852.694,86	6.467.602,88
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00	238,00
Sonstige Vermögensgegenstände	835.241,61	1.985.962,72
	25.780.025,79	12.161.577,52
III. Kassenbestand	678,87	564,31
	26.184.551,08	12.465.521,06

	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	73.277,32	70.053,28
	158.172.890,48	153.630.919,61
PASSIVA		
	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
A. EIGENKAPITAL		
I. Komplementärkapital	0,00	0,00
II. Kommanditkapital	1.000.000,00	1.000.000,00
III. Rücklagen	471.100.000,00	388.800.000,00
IV. Verlustvortragskonto	-379.472.859,37	-348.233.290,58
	92.627.140,63	41.566.709,42
B. SONDERPOSTEN FÜR ZUWENDUNGEN	81.796,32	97.690,92
C. RÜCKSTELLUNGEN		
Rückstellungen für Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen	1.821.967,91	1.208.440,49
Sonstige Rückstellungen	56.250.450,83	37.903.475,61
	58.072.418,74	39.111.916,10
D. VERBINDLICHKEITEN		
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	7.731,32
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	613.155,84	649.154,70
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	898.468,85	657.566,15
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.215,50	63.002.154,60
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	5.578,25	6.911,53
Sonstige Verbindlichkeiten	4.997.116,35	6.781.084,87
- davon aus Steuern: EUR 384.492,71 (Vorjahr: EUR 234.644,79)		
- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 218.820,14 (Vorjahr: EUR 202.342,85)		
	6.516.534,79	71.104.603,17
E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	875.000,00	1.750.000,00
	158.172.890,48	153.630.919,61

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2021

	2021 EUR	2020 EUR
Umsatzerlöse	48.209.543,43	26.933.151,43
Sonstige betriebliche Erträge	6.268.933,84	9.549.107,52
Materialaufwand		
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe für bezogene Waren	-2.587.097,32	-1.787.365,77
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-4.699.389,92	-4.810.557,47
Personalaufwand		
Löhne und Gehälter	-25.425.220,47	-23.210.003,66
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-5.514.492,37	-4.816.353,77
- davon für Altersversorgung: EUR 798.324,30 (Vorjahr: EUR 476.039,54)		
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	-9.412.791,58	-10.686.189,87
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-36.886.646,99	-48.461.891,23
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-996.901,01	-1.990.526,47
- davon an verbundene Unternehmen: EUR 609.743,75 (Vorjahr: EUR 1.232.962,50)		
Ergebnis nach Steuern	-31.044.062,39	-59.280.629,29
Sonstige Steuern	-195.506,40	-195.909,42
Jahresfehlbetrag	-31.239.568,79	-59.476.538,71
Belastung auf Verlustvortragskonto	31.239.568,79	59.476.538,71
Ergebnis nach Verwendungsrechnung	0,00	0,00

Anhang für das Geschäftsjahr 2021

Allgemeine Hinweise

Der Jahresabschluss der Gesellschaft ist nach den handelsrechtlichen Vorschriften der §§ 242 ff. und 264 ff. HGB für große Personenhandelsgesellschaften gemäß § 267 Abs. 3 i. V. m. § 264a HGB, bei denen kein Komplementär eine natürliche Person ist, und nach den Vorschriften des Gesellschaftsvertrags aufgestellt worden.

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurden die Angaben zur Mitzugehörigkeit zu anderen Posten und Davon-Vermerke teilweise an dieser Stelle gemacht.

Registerinformationen



Die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG hat ihren Sitz in Wilhelmshaven. Sie ist im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter der Nummer HRA 200472 eingetragen.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der vorliegende Jahresabschluss wurde unter der Annahme der Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt.

Die Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft, Hamburg, (Hapag-Lloyd AG) hat am 28. September 2021 mitgeteilt, sich am JadeWeserPort, nämlich mit 30 % an der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG zu beteiligen und die entsprechenden Anteile von APM Terminals Wilhelmshaven GmbH, Hamburg, (APM Terminals) zu übernehmen. Der Terminalbetreiber EUROGATE Holding hält weiterhin die verbleibenden Anteile. Die Transaktion wurde im Geschäftsjahr 2022 erfolgreich abgeschlossen und die Anteilsübertragung von der APM Terminals Wilhelmshaven GmbH auf eine Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft wurde vollzogen. Mit dem neuen Partner und Kunden Hapag-Lloyd AG soll sich im Tiefwasserhafen Wilhelmshavens aufgrund der Entwicklung zu immer größeren Containerschiffen in den kommenden Jahren eine konkrete Wachstums-Perspektive abzeichnen.

Die Gesellschaft erwirtschaftet derzeit und ausgehend von dem Business-Plan im Prognosezeitraum auch nach dem Eintritt der neuen Gesellschafterin HL Terminals GmbH, Hamburg (HL Terminals), neben die Gesellschafterin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen (EUROGATE Holding), weiterhin aufgrund der noch bestehenden Unterauslastung des Containerterminals liquiditätswirksame Verluste und benötigt im Zusammenhang mit Investitionen für den Kapazitätsausbau zudem hohe finanzielle Mittel. Auf der Grundlage eines von der seit April 2022 neuen Gesellschafterin HL Terminals und der Gesellschafterin EUROGATE Holding gemeinsam aufgestellten und verabschiedeten langfristigen Business-Plans wird in dieser neuen Gesellschafterkonstellation davon ausgegangen, dass der Containerterminal mittelfristig eine angemessene Auslastung erfahren soll und auch positive Ergebnisse erwirtschaftet werden. Die Gesellschaft ist daher zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und damit zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit von der finanziellen Unterstützung der EUROGATE Holding abhängig, welche der Gesellschaft die liquiden Mittel zur Finanzierung des operativen Geschäfts und der notwendigen Investitionen zur Verfügung stellen wird. Durch Einbeziehung in den Cashpool der EUROGATE Holding soll die Gesellschaft Zugriff auf die notwendigen liquiden Mittel erhalten. Die EUROGATE Holding hat gegenüber der Gesellschaft erklärt, auf eine Kündigung der Cashpooling-Vereinbarung bis zum 30. April 2024 zu verzichten.

Auch über den Prognosezeitraum hinaus ist die Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft bis zum Erreichen nachhaltig positiver operativer Cashflows noch von der finanziellen Unterstützung der Gesellschafter abhängig, für die bislang keine verbindlichen Zusagen vorliegen. Ohne diese finanzielle Unterstützung würde sich das bestandsgefährdende Risiko materialisieren.

In der Abhängigkeit der Gesellschaft von der finanziellen Unterstützung durch ihre Gesellschafter liegt ein bestandsgefährdendes Risiko.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden des Vorjahres wurden unverändert für die Aufstellung des Jahresabschlusses beibehalten.

Die erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und das Sachanlagevermögen werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen nach Maßgabe der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer bilanziert. Die Abschreibungen wurden nach der linearen Methode über die voraussichtliche Nutzungsdauer bei Bauten auf fremden Grundstücken höchstens bis zum Ablauf des Pachtvertrags für das Grundstück vorgenommen.

Die Abschreibungen auf Zugänge des Sachanlagevermögens werden zeitanteilig vorgenommen.

Geringwertige Anlagegüter bis zu einem Netto-Einzelwert von EUR 250,00 sind im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben bzw. als Aufwand erfasst worden; ihr sofortiger Abgang wurde unterstellt. Für Anlagegüter mit einem Netto-Einzelwert von mehr als EUR 250,00 bis EUR 1.000,00 wird das steuerliche Sammelpostenverfahren aus Vereinfachungsgründen auch in der Handelsbilanz angewandt. Der Sammelposten wird pauschalierend jeweils mit 20 % p. a. im Zugangsjahr und in den vier darauffolgenden Jahren abgeschrieben.

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Wert angesetzt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert bzw. mit dem niedrigeren am Bilanzstichtag beizulegenden Wert angesetzt. Soweit Einzelrisiken erkennbar waren, wurde diesen durch Bildung angemessener Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen. Für das allgemeine Ausfallrisiko wird bei den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen eine angemessene Pauschalwertberichtigung in Höhe von 1,0 % (Vorjahr: 1,0 %) auf den nicht einzelwertberichtigten Netto-Forderungsbestand vorgenommen.

Die liquiden Mittel werden zu Nominalwerten angesetzt.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden auf der Aktiv-Seite der Bilanz Ausgaben vor dem Bilanzstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen.

Im Sonderposten für Zuwendungen werden Zuwendungen der öffentlichen Hand für Investitionen ausgewiesen. Der Sonderposten wird entsprechend dem Abschreibungsverlauf der entsprechenden Investitionsgüter aufgelöst.

Die Gesellschaft verfügt über verschiedene leistungsorientierte Pensionspläne, für die zum Teil an die Arbeitnehmer verpfändete Rückdeckungsversicherungen bestehen. Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen werden nach der Anwartschaftsbarwertmethode unter Verwendung der „Richttafel 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck ermittelt. Für die Abzinsung wurde pauschal der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz bei einer restlichen Laufzeit von 15 Jahren von 1,87 % p. a. (Vorjahr: 2,30 % p. a.) verwendet. Erwartete Gehaltssteigerungen wurden nicht angesetzt, da die Leistungen nicht gehaltsabhängig sind. Erwartete Rentensteigerungen wurden mit 2,0 % p. a. (Vorjahr: 1,0 % p. a.) berücksichtigt. Die Fluktuation wurde mit einer Rate von 0,0 % p. a. (Vorjahr: 0,0 % p. a.) berücksichtigt. Bei der Rückstellung für soziale Zukunftssicherung wurden aufgrund des Bausteinprinzips keine Gehaltssteigerungen sowie keine Fluktuation berücksichtigt. Sofern Altersrenten beim Sozialen Zukunftskonzept zu bewerten waren, wurde hierfür die garantierte Steigerung von 1,0 % p. a. (Vorjahr: 1,0 % p. a.) berücksichtigt.

Für Pensionszusagen aus dem Sozialen Zukunftskonzept bestehen Rückdeckungsversicherungen. Diese ausschließlich der Erfüllung der Altersversorgungsverpflichtungen dienenden, dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogenen Vermögensgegenstände (Deckungsvermögen i. S. d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB) - wurden mit ihrem beizulegenden Zeitwert bewertet und mit den Rückstellungen verrechnet. Ergibt sich ein Verpflichtungsüberhang, wird dieser unter den Rückstellungen erfasst. Der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherungen entspricht dem geschäftsplanmäßigen Deckungskapital zuzüglich etwaiger vorhandener Guthaben aus Beitragsrückerstattungen.



Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle ungewissen Verbindlichkeiten und drohenden Verluste aus schwebenden Geschäften. Sie sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags (d.h. einschließlich zukünftiger Kosten- und Preissteigerungen) angesetzt. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt. Langfristige unverzinsliche Verbindlichkeiten sind mit dem Barwert angesetzt.

Latente Steuern werden für alle temporären Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Bilanzwerten der angesetzten Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten und deren steuerlichen Wertansätzen ermittelt. Soweit die Ermittlung der aktiven und passiven latenten Steuern insgesamt zu einem aktiven Überhang führt, wird auch weiterhin von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht, den aktivischen Überhang nicht zu bilanzieren. Latente Steuern werden unter Anwendung der unternehmensindividuellen Steuersätze und Steuervorschriften bewertet, die am Bilanzstichtag gelten oder im Wesentlichen gesetzlich verabschiedet sind und deren Geltung zum Zeitpunkt der Realisierung der latenten Steuerforderung beziehungsweise der Begleichung der latenten Steuerverbindlichkeit erwartet wird. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis eines Steuersatzes von 16,0 % (Vorjahr: 16,0 %), der die Gewerbesteuer berücksichtigt. Aktive latente Steuern werden in dem Umfang angesetzt, in dem es wahrscheinlich ist, dass ein zu versteuernder Gewinn verfügbar sein wird, gegen den die temporäre Differenz verwendet werden kann. Steuerliche Verlustvorträge und Zinsvorträge werden bei der Berechnung aktiver latenter Steuern in Höhe der innerhalb der nächsten fünf Jahre zu erwartenden Verlust-/Zinsverrechnung berücksichtigt. Aktive und passive latente Steuern werden saldiert ausgewiesen.

Soweit auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten bestehen, werden diese grundsätzlich mit dem Devisenkassamittelkurs zum Abschlussstichtag umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr wird dabei das Realisationsprinzip (§ 252 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 2 HGB) und das Anschaffungskostenprinzip (§ 253 Abs. 1 Satz 1 HGB) beachtet. Die in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Gewinne oder Verluste aus Währungsumrechnung enthalten sowohl realisierte als auch nichtrealisierte Währungskursdifferenzen.

Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens ist unter Angabe der Abschreibungen des Geschäftsjahres im Anlagenspiegel dargestellt.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Sämtliche Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind, wie im Vorjahr, innerhalb eines Jahres fällig.

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen stammen, wie im Vorjahr, aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen gegen Gesellschafter in Höhe von TEUR 17.853 (Vorjahr: TEUR 6.468) resultieren mit TEUR 18.050 (Vorjahr: TEUR 4.414) aus Forderungen aus dem konzernweiten Cash-Pooling gegen die Kommanditistin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen, sowie mit TEUR 0 (Vorjahr: TEUR 1.257) gegen die Kommanditistin APM Terminals Wilhelmshaven GmbH, Hamburg, aus laufender Verrechnung. Ferner resultieren die Forderungen gegen Gesellschafter mit TEUR 11 (Vorjahr: TEUR 797) aus Lieferungen und Leistungen sowie laufender Verrechnung gegen die Kommanditistin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen. Gegenläufig wirkt die Verrechnung von Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber der Kommanditistin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG in Höhe von TEUR 208 (Vorjahr: TEUR 0).

Unter den Forderungen gegen und Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, sind auch die Ansprüche oder Verpflichtungen gegenüber Unternehmen enthalten, bei denen das Beteiligungsverhältnis durch verbundene Unternehmen vermittelt wird. Dies betrifft die von der EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen, direkt oder über verbundene Unternehmen gehaltenen Beteiligungen.

Kommanditkapital/Rücklagen

Die Hafteinlage entspricht unverändert dem vereinbarten Festkapital von insgesamt TEUR 1.000, die sich wie folgt verteilt:

	TEUR
EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen	700
APM Terminals Wilhelmshaven GmbH, Hamburg	300
	1.000



Die Rücklagen der Gesellschaft haben sich in 2021 wie folgt entwickelt:

	TEUR
Bestand 01.01.2021	388.800
Wandlung von Gesellschafterdarlehen	63.000
Einzahlungen	19.300
Bestand 31.12.2021	471.100

Sonderposten für Zuwendungen

Zum Bilanzstichtag wird ein Sonderposten für Zuwendungen von TEUR 82 (Vorjahr: TEUR 98) ausgewiesen. Er wird über die Nutzungsdauer der begünstigten Vermögensgegenstände erfolgswirksam aufgelöst. Die Erträge aus der Auflösung von TEUR 16 (Vorjahr: TEUR 16) werden unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden die folgenden Beträge nach § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet:

	31.12.2021 TEUR
Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	6.871
Beizulegender Zeitwert der Rückdeckungsversicherung	5.049
Nettowert der Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Rückstellung)	1.822
Anschaffungskosten der Rückdeckungsversicherung	5.049

Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen zehn Geschäftsjahren und dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des durchschnittlichen Marktzinssatzes aus den vergangenen sieben Geschäftsjahren (§ 253 Abs. 6 HGB) beträgt TEUR 589 (Vorjahr: TEUR 676).

Sonstige Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen von TEUR 56.250 (Vorjahr: TEUR 37.903) resultieren im Wesentlichen aus Rückstellungen für mögliche Vertragsstrafen (TEUR 37.395; Vorjahr: TEUR 29.102), noch zu erteilende Gutschriften (TEUR 3.799; Vorjahr: TEUR 2.782), Rückstellungen für Garantieverpflichtungen (TEUR 0; Vorjahr: TEUR 2.818), personalbezogenen Rückstellungen (TEUR 1.109; Vorjahr: TEUR 942), Rückstellungen für Berufsgenossenschaft (TEUR 416; Vorjahr: TEUR 388), Rückstellungen für ausstehende Rechnungen (TEUR 12.088; Vorjahr: TEUR 772) sowie Rückstellungen für den Demografiefonds (TEUR 1.063; Vorjahr: TEUR 763).

Verbindlichkeiten

Die Restlaufzeiten sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

	Gesamt TEUR	Bis 1 Jahr TEUR	Restlaufzeit	
			Mehr als 1 Jahr TEUR	Davon über 5 Jahre TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	0	0
	(8)	(8)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	613	613	0	0
	(649)	(649)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber verbundene Unternehmen	898	898	0	0
	(658)	(658)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2	2	0	0
	(63.002)	(2)	(63.000)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6	6	0	0
	(7)	(7)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	4.998	4.998	0	0
	(6.781)	(6.781)	(0)	(0)
	6.517	6.517	0	0
	(71.105)	(8.105)	(63.000)	(0)

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen betreffen mit TEUR 898 (Vorjahr: TEUR 658) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie laufender Verrechnung.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern in Höhe von TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 63.002) resultieren aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie laufender Verrechnung. Im Vorjahr beinhalteten die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern durch die Kommanditisten gewährte Darlehen, welche im Geschäftsjahr in eine gesamthänderisch gebundene Rücklage gewandelt wurden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, resultieren, wie im Vorjahr, aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse der Gesellschaft stammen nahezu ausschließlich aus dem Containerumschlag und werden ausschließlich in Deutschland erwirtschaftet. Die Bildung und Auflösung der Rückstellungen für noch zu erteilende Gutschriften erfolgt zulasten bzw. zugunsten der Umsatzerlöse.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten u.a. Erträge aus Vertragsstrafen von TEUR 5.404 (Vorjahr: TEUR 8.933) sowie periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 179 (Vorjahr: TEUR 318).

Die Erträge aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 1 (Vorjahr: TEUR 0).



Personalaufwand

Die Zuführung zur Rückstellung für das Soziale Zukunftskonzept in Höhe von TEUR 1.175 wurde mit den Zuwächsen des Aktivwertes der Rückdeckungsversicherung in Höhe von TEUR 573 saldiert ausgewiesen. Die Verrechnung betrifft wie im Vorjahr nur die Erträge aus der Aufstockung des Deckungsvermögens ohne die auf das Deckungsvermögen entfallenden Vermögenserträge. Die Verrechnung der Vermögenserträge erfolgte innerhalb der Zinsaufwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen setzen sich im Wesentlichen aus Aufwendungen für mögliche Vertragsstrafen in Höhe von TEUR 19.872 (Vorjahr: TEUR 31.611), Aufwendungen für Reparaturen und Instandsetzung in Höhe von TEUR 6.622 (Vorjahr: TEUR 6.514), Aufwendungen für Mieten und Grundstücksaufwendungen in Höhe von TEUR 3.633 (Vorjahr: TEUR 3.396), Verwaltungsaufwendungen in Höhe von TEUR 1.923 (Vorjahr: TEUR 2.147), Aufwendungen für EDV-Beratung in Höhe von TEUR 1.238 (Vorjahr: TEUR 1.491), sonstigen Personalkosten in Höhe von TEUR 467 (Vorjahr: TEUR 479), Aufwendungen für Rechts- und Beratungskosten in Höhe von TEUR 414 (Vorjahr: TEUR 276), Aufwendungen für Wach- und Fahrdienst in Höhe von TEUR 553 (Vorjahr: TEUR 568), Aufwendungen für Schäden in Höhe von TEUR 393 (Vorjahr: TEUR 317) sowie Aufwendungen für Versicherungsbeiträge in Höhe von TEUR 374 (Vorjahr: TEUR 372) zusammen.

Die Aufwendungen aus der Währungsumrechnung betragen TEUR 3 (Vorjahr: TEUR 3).

Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Folgende Beträge wurden im Zinsaufwand verrechnet:

	2021 TEUR
Aufwendungen aus der Aufzinsung der Pensions- und längerfristigen Personalrückstellung (brutto)	-128
Vermögenserträge Rückdeckungsversicherung	111
Aufwendungen (-) / Erträge (+) aus der Aufzinsung von Pensions- und längerfristigen Personalrückstellungen (netto)	-17

Die Zinsen und ähnlichen Aufwendungen enthalten in Höhe von TEUR 109 (Vorjahr: TEUR 200) Aufwendungen aus der Aufzinsung einer langfristigen unverzinslichen Verbindlichkeit. Ferner enthalten sie den Zinsaufwand in Höhe von TEUR 871 (Vorjahr: TEUR 1.761) für langfristig gewährte Gesellschafterdarlehen.

Sonstige Angaben

Außerbilanzielle Geschäfte

Miet- und Leasingverpflichtungen

Das Unternehmen hat Verpflichtungen aus Miet- und Leasingverträgen mit einem Gesamtvolumen von TEUR 156.553 (Vorjahr: TEUR 161.588). Die Miet- und Leasingverpflichtungen beinhalten mit TEUR 156.491 (Vorjahr: TEUR 161.539) Erbbauzinsen und Kaje nutzungsentgelte bis zum Jahr 2052. Vorteil der Erbbaurechtsverträge für die Grundstücke und Kaje ist die mögliche langfristige Nutzung des Hafengeländes für den operativen Betrieb der Gesellschaft. Risiken können sich aus der Vertragslaufzeit ergeben, sofern die Flächen langfristig nicht vollständig genutzt werden. Auf Basis der derzeitigen Unternehmensplanung gehen wir davon aus, dass die Flächen für den überwiegenden Zeitraum der verbleibenden Vertragslaufzeit gut ausgelastet sein werden.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum Bilanzstichtag bestehen keine Eventualverbindlichkeiten.



Am Bilanzstichtag hatte die Gesellschaft verschiedene Investitionsprojekte und Baumaßnahmen für insgesamt TEUR 2.796 (Vorjahr: TEUR 2.594) bestellt bzw. in Auftrag gegeben.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag, die wesentliche finanzielle Auswirkungen haben, hat es bis auf die nachfolgenden Sachverhalte nicht gegeben.

Die Hapag-Lloyd AG hat am 28. September 2021 mitgeteilt, sich mit 30 % an der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG zu beteiligen und die entsprechenden Anteile von APM Terminals zu übernehmen. Der Terminalbetreiber EUROGATE Holding hält weiterhin die verbleibenden Anteile. Die Transaktion wurde im Geschäftsjahr 2022 erfolgreich abgeschlossen und die Anteilsübertragung von der APM Terminals Wilhelmshaven GmbH auf eine Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft wurde vollzogen.

Mit dem neuen Partner und Kunden Hapag-Lloyd AG soll sich im Tiefwasserhafen Wilhelmshavens aufgrund der Entwicklung zu immer größeren Containerschiffen in den kommenden Jahren eine konkrete Wachstums-Perspektive abzeichnen.

Im Zusammenhang mit der Einbindung des Partners Hapag-Lloyd AG wurde auch eine Anpassung des mit der JadeWeserPort Realisierungsgesellschaft GmbH & Co. KG („JWPR“) geschlossenen Betreibervertrags vereinbart. Das aus rechtlichen Gründen erforderliche Verfahren zur Notifizierung dieser Vereinbarung wurde noch nicht abgeschlossen, so dass die Vertragsanpassung noch nicht wirksam geworden ist..

Auf geopolitischer Ebene ist der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland als Vorgang von besonderer Bedeutung anzusehen. Die hieraus resultierende angespannte Lage am Energiemarkt hat bereits im Geschäftsjahr 2022 zu deutlich steigenden Energiekosten (Strom und Diesel) geführt. Ob und inwieweit sich die Preisentwicklung in diesem Segment angesichts der aktuellen geopolitischen Situation wieder entspannt, ist derzeit schwierig einzuschätzen. Das hohe Preisniveau der Energiekosten des Jahres 2022 wurde in dem von den Gesellschaftern gemeinsam aufgestellten und verabschiedeten langfristigen Business-Plan auch für 2023 berücksichtigt.

Mitarbeiter

Die durchschnittliche Anzahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Mitarbeiter betrug (ohne Geschäftsführung, Aushilfen und Auszubildende):

	2021	2020
Angestellte	81	85
Gewerbliche Mitarbeiter	298	304
	379	389

Persönlich haftende Gesellschafterin/Geschäftsführung

Persönlich haftende Gesellschafterin und geschäftsführende Gesellschafterin ist die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven Beteiligungsgesellschaft mbH, Wilhelmshaven. Sie ist mit einem Stammkapital von EUR 25.000,00 ausgestattet.

Geschäftsführer der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven Beteiligungsgesellschaft mbH, Wilhelmshaven, sind:

Marcel Egger, Apensen

Mikkel E. Andersen, Oldenburg

Marcel Egger ist Mitglied der EUROGATE Gruppengeschäftsführung und verantwortet dort die Bereiche Finanzen, Controlling, Rechnungswesen und Verwaltung. Mikkel E. Andersen ist gleichzeitig Geschäftsführer der Rail Terminal Wilhelmshaven GmbH und war bis zum 31. März 2022 auch Geschäftsführer der EUROGATE Container Terminal Bremerhaven GmbH, Bremerhaven.

Auf die Angabe der Bezüge der Geschäftsführung wird unter Berufung auf die Befreiungsvorschrift des § 286 Abs. 4 HGB verzichtet, da nur ein Geschäftsführer von der Gesellschaft Bezüge erhalten hat.

Weitere Organe der Gesellschaft

Advisory Board

Dem Advisory Board gemäß § 7 des Gesellschaftsvertrags vom 27. Oktober 2009 gehörten im Berichtsjahr folgende Mitglieder an:

Carl Heinrich Augustin, Hamburg, EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen

Thomas H. Eckelmann, Hamburg, EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen

Michael Blach, Bremen, EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen

Christian Lankenau, Bremen, EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen (ab 01. April 2022)

Jens Rolf Nielsen, Rotterdam, Niederlande, APM Terminals Management B.V., Den Haag (bis 13. Mai 2022)

Igor van den Essen, Voorschoten, Niederlande, APM Terminals Management B.V., Den Haag (bis 18. Januar 2021)

René Koopman, Heemstede, Niederlande, APM Terminals Management B.V., Den Haag (ab 18. Januar 2021 und bis 13. Mai 2022)

Michael Pradel, Hamburg, Hapag-Lloyd AG, Hamburg (ab 13. Mai 2022)

Thomas Mansfeld, Hamburg, Hapag-Lloyd AG, Hamburg (ab 13. Mai 2022)

Angaben des Honorars für den Abschlussprüfer

Das für das Geschäftsjahr 2021 berechnete Gesamthonorar für Prüfungs- und Beratungsdienstleistungen beträgt TEUR 53 (Vorjahr: TEUR 25) und betrifft ausschließlich Abschlussprüfungsleistungen.

Wilhelmshaven, 16. März 2023

Die persönlich haftende Gesellschafterin EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven Beteiligungsgesellschaft mbH

Mikkel E. Andersen

Marcel Egger

Entwicklung des Anlagevermögens für 2021

Anschaffungs- und Herstellungskosten	01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2021 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	54.326.971,38	17.762,44	0,00	0,00	54.344.733,82
	54.326.971,38	17.762,44	0,00	0,00	54.344.733,82
Sachanlagen					
Bauten auf fremden Grundstücken	107.665.728,40	7.200,00	0,00	0,00	107.672.928,40



Anschaffungs- und Herstellungskosten	01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Umbuchungen EUR	Abgänge EUR	31.12.2021 EUR
Technische Anlagen und Maschinen	79.687.664,49	0,00	0,00	0,00	79.687.664,49
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.298.114,10	207.545,95	23.344,11	81.128,50	6.447.875,66
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	85.462,74	0,00	-23.344,11	0,00	62.118,63
	193.736.969,73	214.745,95	0,00	81.128,50	193.870.587,18
	248.063.941,11	232.508,39	0,00	81.128,50	248.215.321,00
Kumulierte Abschreibungen	01.01.2021 EUR	Zugänge EUR	Abgänge EUR	31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		15.670.422,80	1.679.219,40	0,00	17.349.642,20
		15.670.422,80	1.679.219,40	0,00	17.349.642,20
Sachanlagen					
Bauten auf fremden Grundstücken		36.137.907,49	4.532.578,24	0,00	40.670.485,73
Technische Anlagen und Maschinen		49.755.052,20	2.840.982,32	0,00	52.596.034,52
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		5.405.213,35	360.011,62	81.128,50	5.684.096,47
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	0,00	0,00	0,00
		91.298.173,04	7.733.572,18	81.128,50	98.950.616,72
		106.968.595,84	9.412.791,58	81.128,50	116.300.258,92
Buchwerte				31.12.2021 EUR	31.12.2020 EUR
Immaterielle Vermögensgegenstände					
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				36.995.091,62	38.656.548,58
				36.995.091,62	38.656.548,58
Sachanlagen					
Bauten auf fremden Grundstücken				67.002.442,67	71.527.820,91
Technische Anlagen und Maschinen				27.091.629,97	29.932.612,29
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung				763.779,19	892.900,75
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau				62.118,63	85.462,74
				94.919.970,46	102.438.796,69
				131.915.062,08	141.095.345,27

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2021

1. Geschäft und Rahmenbedingungen

Die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven, („CTW KG“) ist ein Gemeinschaftsunternehmen der EUROGATE-Gruppe, Bremen, und der HL Terminals GmbH, Hamburg. Neben der EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen („EUROGATE Holding“), der Holding-Gesellschaft der EUROGATE-Gruppe, die 70 % der Gesellschaftsanteile hält, ist seit dem 29. April 2022 die HL Terminals GmbH, ein 100%-iges Tochterunternehmen der Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft, Hamburg, mit 30% an der CTW KG beteiligt.

Die CTW KG hat mit der JadeWeserPort Realisierungs GmbH & Co. KG, Wilhelmshaven, („JWPR“) einen Betreibervertrag mit einer Laufzeit von 40 Jahren ab Betriebsbeginn am 21. September 2012 abgeschlossen und betreibt seither die Containerumschlagsaktivitäten am Standort Wilhelmshaven.

Im Geschäftsjahr 2021 war das Marktumfeld durch hohes Umschlagswachstum geprägt, das auf Nachholeffekte im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zurück zu führen ist, die zu Überauslastungen der Umschlagskapazitäten aufgrund der Fahrplanuntreue der Containerreedereien und nachhaltige Schiffsverspätungen führten. Zudem wurden die weltweiten Logistikketten durch temporäre Ereignisse, wie z. B. die Blockade des Suez-Kanals im Frühjahr und die temporäre Teilschließung einzelner Häfen, empfindlich beeinträchtigt. Hiervon hat der Standort Wilhelmshaven deutlich profitiert und seine Flexibilität und Leistungsfähigkeit unter Beweis gestellt.

Die im Geschäftsjahr 2021 unerwartet hohe Auslastung der Containerschiffe, insbesondere in den Fernost-Europa-Diensten, hat in Verbindung mit einer noch andauernden Fahrplanuntreue der Reedereien in den Häfen der Nordrange zu temporären Spitzenbelastungen und teilweise zu Überauslastungen der vorhandenen Umschlagskapazitäten geführt. Hiervon hat Wilhelmshaven profitiert, zumal von einzelnen Kunden entschieden wurde, die Abfertigung einzelner Dienste zumindest vorübergehend nach Wilhelmshaven zu verlagern.

Die Umschlagsmenge des EUROGATE Container Terminals Wilhelmshaven ist 2021 vor diesem Hintergrund auf 712.953 TEU (Vorjahr: 423.243 TEU) um 68,5 % deutlich gestiegen. Auf der Grundlage dieser positiven Umschlagsentwicklung hat sich auch das operative Ergebnis der Gesellschaft verbessert, ist jedoch noch deutlich negativ. Das Ergebnis ist erheblich negativ beeinflusst durch außergewöhnliche Aufwendungen aus der Zuführung zu den Rückstellungen für mögliche Vertragsstrafen. Insgesamt weist die Gesellschaft dennoch einen deutlich verbesserten Jahresfehlbetrag von TEUR -31.240 (Vorjahr: TEUR -59.477) aus.

Im Verlauf des Geschäftsjahrs 2022 hielten die Verwerfungen in den Lieferketten, die längeren Standzeiten der Container auf den Terminals und die dadurch bedingten hohen Kapazitätsauslastungen bei den Containerterminals an. Zwischenzeitlich hat die Auslastungssituation auf den Terminals abgenommen und die operationellen Abläufe nähern sich wieder einer Normalisierung. Für 2023 wird vor dem Hintergrund einer sich abzeichnenden Rezession und eines damit verbundenen abschwächenden Umschlagsvolumens eine weitere operationelle Entspannung erwartet.

2. Ertragslage

Zur Darstellung der Ertragslage verwenden wir in der nachfolgenden Übersicht eine unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgeleitete Ergebnisrechnung:

	2021 TEUR	%	2020 TEUR	%
Umsatzerlöse	48.210		26.933	
Sonstige betriebliche Erträge	6.269		9.549	
Betriebsleistung	54.479	100	36.482	100
Materialaufwand	-7.286	-13	-6.598	-18
Personalaufwand	-30.940	-57	-28.026	-77
Abschreibungen	-9.413	-17	-10.686	-29
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-36.887	-68	-48.462	-133
Sonstige Steuern	-196	0	-196	-1
Betriebsaufwand	-84.722	-156	-93.968	-258
Betriebsergebnis	-30.243		-57.486	



	2021 TEUR	%	2020 TEUR	%
Finanzergebnis	-997		-1.991	
Jahresergebnis	-31.240		-59.477	
			Veränderung TEUR	%
Umsatzerlöse			21.277	79
Sonstige betriebliche Erträge			-3.280	-34
Betriebsleistung			17.997	49
Materialaufwand			-688	10
Personalaufwand			-2.914	10
Abschreibungen			1.273	-12
Sonstige betriebliche Aufwendungen			11.575	-24
Sonstige Steuern			0	0
Betriebsaufwand			9.246	-10
Betriebsergebnis			27.243	
Finanzergebnis			994	
Jahresergebnis			28.237	

Auf Grundlage der gestiegenen Umschlagsmengen sowie der höheren Durchschnittserlöse pro Container sind die Umsatzerlöse insgesamt um TEUR 21.277 auf TEUR 48.210 (Vorjahr: TEUR 26.933) deutlich gestiegen.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Erträge um TEUR 3.280 auf TEUR 6.269 ist im Wesentlichen bedingt durch geringere Erträge aus Kostenerstattungen für Vertragsstrafen.

Die Erhöhung des Materialaufwands auf TEUR 7.286 (Vorjahr: TEUR 6.598) resultiert im Wesentlichen aus umschlagsbedingt gestiegenen Aufwendungen für den bahnseitigen Umschlag sowie für Energiekosten (Dieselkraftstoff und Strom).

Die Erhöhung des Personalaufwands auf TEUR 30.940 (Vorjahr: TEUR 28.026) erklärt sich einerseits aus den gestiegenen Umschlagsmengen sowie andererseits durch höhere Aufwendungen aus Lohnfortzahlung für Krankheitsfälle. Die Erhöhung ist auch auf einen unterjährig gestiegenen Personalbestand sowie eine im Vergleich zum Vorjahr geringere Inanspruchnahme von Kurzarbeitergeld (KUG) zurückzuführen.

Der Rückgang der Abschreibungen um TEUR 1.273 auf TEUR 9.413 (Vorjahr: TEUR 10.686) ist im Wesentlichen auf das bereits im Vorjahr unterjährige Auslaufen der wirtschaftlichen Nutzungsdauern von Großgeräten und einen darauf in 2021 wirkenden Ganzjahreseffekt zurückzuführen.

Der Rückgang der sonstigen betrieblichen Aufwendungen um TEUR 11.575 auf TEUR 36.887 (Vorjahr: TEUR 48.462) erklärt sich im Wesentlichen aus einer im Vergleich zum Vorjahr deutlich geringeren Zuführung zur Drohverlustrückstellung für mögliche Vertragsstrafen der kommenden Jahre. Die Zuführung zu dieser Rückstellung im Geschäftsjahr 2021 steht im Zusammenhang mit der aktualisierten und perspektivisch erwarteten Umschlagsentwicklung der Folgejahre.

Insgesamt weist die Gesellschaft damit für das Geschäftsjahr 2021 einen Jahresfehlbetrag von TEUR -31.240 (Vorjahr: TEUR -59.477) aus.

Insgesamt hat sich die Ertragslage im Geschäftsjahr 2021 aufgrund der vorgenannten Entwicklungen entsprechend der Vorjahresprognose entwickelt.

3. Finanzlage

Auf der Grundlage des im Geschäftsjahr 2021 erzielten Jahresfehlbetrages von TEUR -31.240 ist ein Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit von TEUR -910 (Vorjahr: TEUR -26.635) erwirtschaftet worden, der sich wie folgt ermittelt:



	2021 TEUR	2020 TEUR
Periodenergebnis	-31.240	-59.477
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	9.413	10.686
Abnahme/Zunahme der Rückstellungen ohne Aufzinsungseffekte	18.943	20.776
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Zuwendungen	-16	-16
Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-7	-1
Abnahme/Zunahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-85	2.902
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	436	-4.122
Zinsaufwendungen	997	1.991
Auszahlungen für den Erwerb von Deckungsvermögen	649	640
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	-14
Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	-910	-26.635

Investitionen

Das Investitionsvolumen des Jahres 2021 belief sich insgesamt auf TEUR 233 (Vorjahr: TEUR 282) und betrifft im Wesentlichen die EDV-Endgeräte und Anlagen sowie Software und Lizenzen.

Vermögenslage

Die Vermögens- und Kapitalstruktur hat sich 2021 wie folgt entwickelt:

	31.12.2021 TEUR	%	31.12.2020 TEUR	%	Veränderung TEUR
Vermögensstruktur					
Sachanlagen und immaterielle					
Vermögensgegenstände	131.915	83	141.095	92	-9.180
Vorräte	404	0	303	0	101
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und im Verbundbereich	24.945	16	10.175	7	14.770
Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten	908	1	2.057	1	-1.149
Flüssige Mittel	1	0	1	0	0
Umlaufvermögen	26.258	17	12.536	8	13.722



	31.12.2021 TEUR	%	31.12.2020 TEUR	%	Veränderung TEUR
Gesamtvermögen	158.173	100	153.631	100	4.542
	31.12.2021 TEUR	%	31.12.2020 TEUR	%	Veränderung TEUR
Kapitalstruktur					
Kommanditkapital	1.000		1.000		0
Rücklagen	471.100		388.800		82.300
Verlustvortrag	-379.473		-348.233		-31.240
Eigenkapital	92.627	59	41.567	27	51.060
Sonderposten	82	0	98	0	-16
Pensionsrückstellungen	1.822	1	1.208	1	614
Sonstige Rückstellungen	56.251	36	37.903	25	18.348
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0	0	8	0	-8
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und im Verbundbereich	1.517	1	1.314	1	203
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus Darlehen	0	0	63.000	41	-63.000
Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2	0	2	0	0
Sonstige Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten	5.872	4	8.531	6	-2.659
Fremdkapital	65.546	41	112.064	73	-46.518
Gesamtkapital	158.173	100	153.631	100	4.542

Das Anlagevermögen von TEUR 131.915 setzt sich aus immateriellen Vermögensgegenständen (TEUR 36.995) und Sachanlagen (TEUR 94.920) zusammen. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr resultiert ausschließlich aus planmäßigen Abschreibungen.

Das Anlagevermögen war zum Bilanzstichtag zu 70 % (Vorjahr: 74 %) durch Eigenkapital (im Vorjahr: Eigenkapital und Gesellschafterdarlehen) gedeckt.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie im Verbundbereich beziehen sich im Wesentlichen mit TEUR 7.057 (Vorjahr: TEUR 3.673) auf Kundenforderungen sowie mit TEUR 18.050 (Vorjahr: TEUR 4.414) auf Forderungen gegen die EUROGATE Holding aus dem Konzernclearing.

Der Rückgang der sonstigen Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten um TEUR 1.149 ist im Wesentlichen bedingt durch den vollständigen Entfall von Forderungen aufgrund der Erstattung von Kurzarbeitergeld (Vorjahr: TEUR 800).

Im Geschäftsjahr 2021 haben sich die Rücklagen der Gesellschaft durch Einzahlungen der Gesellschafter in Höhe von TEUR 19.300 sowie Umwandlung von Gesellschafterdarlehen zum 1. Juli 2021 in eine gesamthänderisch gebundene Rücklage in Höhe von TEUR 63.000 um insgesamt TEUR 82.300 auf TEUR 471.100 erhöht. Das Eigenkapital ist aufgrund dieser Veränderungen der Rücklagen sowie durch den Jahresfehlbetrag von TEUR -31.240 um TEUR 51.060 auf TEUR 92.627 gestiegen. Die Eigenkapitalquote beträgt zum Bilanzstichtag 59 % (Vorjahr: 27 %).

Der Anstieg der sonstigen Rückstellungen um TEUR 18.348 auf TEUR 56.251 erklärt sich im Wesentlichen durch eine erhöhte Drohverlustrückstellung für mögliche Vertragsstrafen kommender Jahre. Die Rückstellung wurde auf Grundlage der verabschiedeten Umschlagsplanung und Prämissen für die Folgejahre ermittelt.

Der Rückgang der sonstigen Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungsposten um TEUR 2.659 auf TEUR 5.872 (Vorjahr: TEUR 8.531) betrifft mit TEUR 2.891 im Wesentlichen die planmäßige Tilgung der Zahlungsverpflichtungen für den Betrieb des Containerterminals.

4. Wichtige Vorgänge des Geschäftsjahres 2021 und im Folgejahr

Mit Wirkung vom 29. April 2022 hat die HL Terminals GmbH, Hamburg, eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft (Hapag-Lloyd AG), Hamburg, 30 % der Anteile an der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG von der APMT Terminals Wilhelmshaven GmbH, Hamburg, zu übernommen. Dies bedeutet einen sehr wichtigen Schritt zur weiteren Entwicklung des Standorts Wilhelmshaven.

Mit dem neuen Partner und Kunden Hapag-Lloyd AG hat der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven aufgrund der Entwicklung zu immer größeren Containerschiffen in den kommenden Jahren eine konkrete Wachstums-Perspektive bekommen.

Unabhängig davon hat Wilhelmshaven in Anbetracht der Tatsache, dass die führenden Containerreedereien in den nächsten Jahren weitere Schiffe mit einer Kapazität von mittlerweile bis zu 24.000 TEU in Betrieb nehmen werden, sehr gute Chancen, weitere Liniendienste akquirieren zu können.

5. Personal- und Sozialbereich

Die durchschnittliche Anzahl der Mitarbeiter, ohne Aushilfen und Auszubildende, hat sich gegenüber dem Vorjahr insgesamt wie folgt entwickelt:

	2021	2020
Angestellte	81	85
Gewerbliche Mitarbeiter	298	304
	379	389

6. Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

Innerhalb der jeweiligen Unternehmensgruppen der Gesellschafter der CTW KG wird das Risikomanagement als permanente Managementaufgabe angesehen und im Sinne eines „gelebten“ Systems in allen Unternehmen und organisatorischen Bereichen umgesetzt. Insofern ist es seit Jahren integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Als Hauptziele werden die Früherkennung und Identifikation von kritischen Entwicklungen, aber auch von Chancenpotenzialen, die Bestimmung von geeigneten Gegensteuerungsmaßnahmen zur Risikoabwehr sowie die Unterstützung eines risiko- und chancenorientierten Denkens auf allen Ebenen innerhalb der Unternehmensgruppe verfolgt. Insgesamt ist die Risikopolitik durch eine konservative Haltung gekennzeichnet.

Risikopositionen

Die Gesellschaft ist im Wesentlichen strategischen Risiken, Marktrisiken, Finanzrisiken und operativen Risiken und Chancen ausgesetzt.

Strategische Chancen und Risiken, Marktrisiken

Für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft ist das Erreichen der kritischen Masse an Containern unverändert von entscheidender Bedeutung. Die Konzentration der Ladung auf immer weniger Allianzen und Liniendienste und die daraus resultierende zunehmende Anzahl von Großcontainerschiffen bringen mittelfristig weiterhin gute Chancen für den Standort Wilhelmshaven mit sich. Auch wenn es zwischenzeitlich gelungen ist, weitere Warenkunden für Wilhelmshaven zu gewinnen und weitere strategische Investitionen von großen Firmen im Hafen zu sichern, ist es auch weiterhin dringend notwendig, eine höhere Umschlagsmenge zu generieren.

Die Konsolidierung der Containerschiffahrt durch Fusionen und Kooperationen schreitet weiter voran und mit der anhaltenden Investition in neue Mega-Tonnage steigt der Druck auf die Terminalbetreiber, immer modernere und leistungsfähigere Kapazitäten zur Verfügung zu stellen. Mit zunehmender Schiffsgröße ist auch die Notwendigkeit erhöhter Flexibilität der Terminalbetreiber gestiegen, um die verschlechterte Fahrplanteure der Reedereikunden zu kompensieren. Da auch die Containerterminals zumindest mittelfristig freie Kapazitäten haben, steigt im Zuge der Konsolidierung die Marktmacht der verbleibenden Konsortien/Reedereien und damit verbunden der Preisdruck sowie die Notwendigkeit der Umsetzung nachhaltiger Kostenreduzierungen bei den Containerterminals.

Neben den gesamtwirtschaftlichen Trends wirken sich in Bezug auf die künftige Umschlags- und Transportnachfrage und damit verbunden auch die Umschlagsmengen der Containerterminals noch weitere Einflüsse bzw. Risiken, aber auch Chancen, aus. Hierzu zählen unter anderem

- der Ausbau und die Inbetriebnahme weiterer Terminalumschlagskapazitäten in der Nordrange,



- die Inbetriebnahme weiterer Großcontainerschiffe und die damit verbundenen operationellen Herausforderungen bei den Schiffsabfertigungen sowie
- die sich aus den Veränderungen in den Strukturen der Konsortien und aufgrund von Fusionen im Reedereisektor ergebenden Markt- und Prozessveränderungen
- das aktuell hohe Umschlagswachstum durch Nachholeffekte im Zusammenhang mit der Coronapandemie sowie
- die daraus resultierenden Überauslastungen der Umschlagskapazitäten aufgrund der Fahrplanuntreue der Containerreedereien und nachhaltige Schiffsverspätungen.

Die wirtschaftliche Situation hat sich auf der Kundenseite zuletzt deutlich verbessert. Insofern hat sich das Risiko von sich verändernden Dienste- und Mengenstrukturen aufgrund von Insolvenzen einzelner Reedereikunden zumindest vorübergehend deutlich reduziert.

Gesamtaufgabe des Managements der Gesellschaft wird in Zusammenarbeit mit dem Vertriebsbereich der EUROGATE-Gruppe sein, die bestehenden logistischen und infrastrukturellen Vorteile des seeschifftiefen Hafens in Wilhelmshaven weiter zu verdeutlichen und dadurch weiteres Umschlagsvolumen zu akquirieren. Zu den diesbezüglich aktuellen Entwicklungen verweisen wir auf unsere Erläuterungen im Nachtragsbericht im Anhang (Anlage 3).

Operative Risiken

Die Herausforderung besteht darin, die Arbeitsspitzen (Peaks) im Zusammenhang mit der Abfertigung von Großcontainerschiffen zu bewältigen. Insofern ist es wichtig, im Personalbereich die erforderliche Flexibilität zu gewährleisten und gegebenenfalls noch zu verbessern. In diesem Zusammenhang ist auch die Gründung eines externen Pools von Fremdarbeitern für den Standort Wilhelmshaven von großer Bedeutung.

Angesichts der sich ab dem zweiten Halbjahr 2022 andeutenden wirtschaftlichen Rezession und eines damit möglicherweise einhergehenden abschwächenden Containerumschlags bestehen grundsätzlich Risiken hinsichtlich der weiteren Umschlags- und Geschäftsentwicklung der Gesellschaft. Durch die angekündigte Aufnahme neuer Dienste des Neukunden und Mitgesellschafters Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft, Hamburg, wird jedoch am Standort Wilhelmshaven derzeit weiterhin mit einem Anstieg der Umschlagsmengen gerechnet.

Die angespannte Lage am Energiemarkt hat im Geschäftsjahr 2022 bereits zu deutlich steigenden Energiekosten (Strom und Diesel) geführt. Ob und inwieweit sich die Preisentwicklung in diesem Segment angesichts der aktuellen geopolitischen Situation wieder entspannt, ist derzeit schwierig einzuschätzen. Das hohe Preisniveau der Energiekosten des Jahres 2022 wurde in dem von den Gesellschaftern gemeinsam aufgestellten und verabschiedeten langfristigen Business-Plan auch für 2023 berücksichtigt.

Die weitere Umschlagsentwicklung der CTW KG ist auch für die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem mit der JWPR bestehenden Betreibervertrag in Bezug auf die TEU-Garantie und die sich daraus ergebenden Ergebnisauswirkungen von Bedeutung. Sollte sich die Umschlagsentwicklung besser entwickeln als gemäß der zum Bilanzstichtag gültigen Umschlagsplanung erwartet, so sind (Teil-) Auflösungen der in diesem Jahresabschluss ausgewiesenen Drohverlustrückstellungen möglich und führen zum Zeitpunkt der Auflösung zu einer entsprechenden Ergebnisverbesserung. Sofern die tatsächliche Umschlagsentwicklung unter der diesem Jahresabschluss zugrundeliegenden Mengenplanung liegt, können sich weitere Zuführungen zu dieser Drohverlustrückstellung ergebnisbelastend auswirken. Zudem bemüht sich die Geschäftsführung, die diesbezüglichen Rahmenbedingungen für die derzeitige Verpflichtung mit der JWPR zu überarbeiten.

Finanzrisiken

Zielsetzung und Methoden des Finanzrisikomanagements

Die Gesellschaft ist derzeit nahezu vollständig durch Eigenmittel und Gesellschafterdarlehen finanziert, durch die die Finanzierung der Geschäfts- und Investitionstätigkeit der Gesellschaft erfolgt. Die Gesellschaft verfügt zudem über weitere Finanzinstrumente, wie zum Beispiel Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die unmittelbar im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit entstehen.

Die sich aus den Finanzierungsinstrumenten ergebenden wesentlichen Risiken der Gesellschaft bestehen aus Zinsänderungsrisiken, Liquiditätsrisiken und Ausfallrisiken. Die Unternehmensleitung erstellt und überprüft Richtlinien zum Risikomanagement für jedes dieser Risiken, die im Folgenden dargestellt werden.

Zinsänderungsrisiko

Ein Zinsänderungsrisiko besteht aufgrund der derzeitigen Finanzierungsstruktur der Gesellschaft nur eingeschränkt. Abhängig von der Entscheidung der Gesellschafter soll zu gegebener Zeit die Einwerbung externer Finanzierungsmittel zur Ablösung der Gesellschafterdarlehen erfolgen. Die daraus resultierenden Auswirkungen einer Änderung der Finanzierungsstruktur sind derzeit noch nicht konkret ableitbar, dürften sich jedoch nicht grundlegend verändern.

Ausfallrisiko



Das Ausfallrisiko der Gesellschaft besteht hauptsächlich hinsichtlich der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die in der Bilanz ausgewiesenen Beträge verstehen sich abzüglich Wertberichtigungen für voraussichtlich uneinbringliche Forderungen, die auf der Grundlage von Vergangenheitserfahrungen und des derzeitigen wirtschaftlichen Umfelds geschätzt wurden. Des Weiteren wird das Ausfallrisiko durch die laufende Überwachung der Forderungsbestände auf Managementebene reduziert.

Das Ausfallrisiko wird bei liquiden Mitteln als niedrig eingeschätzt, da diese bei Kreditinstituten bzw. Unternehmen/Gesellschaftern gehalten werden, denen internationale Rating-Agenturen eine angemessene Bonität bescheinigt haben.

Das maximale Ausfallrisiko entspricht bei den finanziellen Vermögenswerten dem in der Bilanz ausgewiesenen Buchwert dieser Finanzinstrumente.

Liquiditätsrisiko

Die benötigten liquiden Mittel werden der Gesellschaft bisher durch die Gesellschafter zur Verfügung gestellt. Durch die zentrale Planung des Mittelabflusses aus betrieblicher Tätigkeit sowie durch Investitionen über einen umfangreichen Business Plan, verfeinert durch eine mehrmonatige Vorausschau und unterstützt durch die zentral auf EUROGATE-Gruppenebene durchgeführten Funktionen Investitionskontrolle und Kreditmanagement, wird die rechtzeitige Bereitstellung von Finanzierungsmitteln (Darlehen/Leasing/Miete) zur Erfüllung sämtlicher Zahlungsverpflichtungen gesteuert.

Die Gesellschaft erwirtschaftet derzeit und ausgehend von dem Business-Plan im Prognosezeitraum auch nach dem Eintritt der neuen Gesellschafterin HL Terminals GmbH, Hamburg, neben die Gesellschafterin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen, weiterhin aufgrund der noch bestehenden Unterauslastung des Containerterminals liquiditätswirksame Verluste und benötigt im Zusammenhang mit Investitionen für den Kapazitätsausbau zudem hohe liquide Mittel. Auf der Grundlage eines von der seit April 2022 neuen Gesellschafterin HL Terminals, Hamburg (HL Terminals), und der Gesellschafterin EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG, Bremen (EUROGATE Holding), gemeinsam aufgestellten und verabschiedeten langfristigen Business-Plans wird in dieser neuen Gesellschafterkonstellation davon ausgegangen, dass der Containerterminal mittelfristig eine angemessene Auslastung erfahren soll und auch positive Ergebnisse erwirtschaftet werden. Die Gesellschaft ist daher zur Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und damit zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit von der finanziellen Unterstützung der EUROGATE Holding abhängig, welche der Gesellschaft die liquiden Mittel zur Finanzierung des operativen Geschäfts und der notwendigen Investitionen zur Verfügung stellen wird. Durch Einbeziehung in den Cashpool der EUROGATE Holding soll die Gesellschaft Zugriff auf die notwendigen liquiden Mittel erhalten. Die EUROGATE Holding hat gegenüber der Gesellschaft erklärt, auf eine Kündigung der Cashpooling-Vereinbarung bis zum 30. April 2024 zu verzichten.

Auch über den Prognosezeitraum hinaus ist die Fortführung der Unternehmenstätigkeit der Gesellschaft bis zum Erreichen nachhaltig positiver operativer Cashflows noch von der finanziellen Unterstützung der Gesellschafter abhängig, für die bislang keine verbindlichen Zusagen vorliegen. Ohne diese finanzielle Unterstützung würde sich das bestandsgefährdende Risiko materialisieren.

In der Abhängigkeit der Gesellschaft von der finanziellen Unterstützung durch ihre Gesellschafter liegt ein bestandsgefährdendes Risiko.

Prognose

Da die Containerterminals zumindest mittelfristig noch über Kapazitätsreserven verfügen, besteht aufgrund der im Zuge der Konsolidierung erlangten Marktmacht der verbleibenden Konsortien/Reedereien und damit verbunden dem Erlösdruck unverändert die Notwendigkeit der Identifizierung und Umsetzung nachhaltiger Kostenreduzierungen und Produktivitätssteigerungen bei den Containerterminals.

Die Erreichung einer angemessenen Auslastung des EUROGATE Container Terminals in Wilhelmshaven ist unverändert von hoher Bedeutung. Dabei verlief die Umschlagsentwicklung 2021 bereits sehr erfreulich und war durch pandemische Effekte und eine hohe Anzahl ungeplanter Schiffsanläufe (Inducement Calls) positiv beeinflusst. Wilhelmshaven ist vor dem Hintergrund der zunehmenden Schiffsgrößenentwicklung und den damit verbundenen nautischen Einschränkungen der Fahrwasser von Außenweser und Elbe auch nach Vollzug der dortigen Maßnahmen zur Vertiefung und Verbreiterung mehr und mehr prädestiniert für die Abfertigung von Großcontainerschiffen.

Insofern war die am 29. April 2022 erfolgte Übernahme der 30 %igen Beteiligung der Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft an der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH & Co. KG ein wichtiger Schritt zur weiteren Entwicklung dieses Standorts. Mit dem neuen Partner und Kunden Hapag-Lloyd Aktiengesellschaft hat der Tiefwasserhafen Wilhelmshaven aufgrund der Entwicklung zu immer größeren Containerschiffen in den kommenden Jahren eine konkrete Wachstums-Perspektive erhalten.

Unabhängig davon hat Wilhelmshaven in Anbetracht der Tatsache, dass die führenden Containerreedereien in den nächsten Jahren weitere Schiffe mit einer Kapazität von mittlerweile bis zu 24.000 TEU in Betrieb nehmen werden, konkrete Chancen, weitere Liniendienste akquirieren zu können.

Am Standort Wilhelmshaven konnte im Geschäftsjahr 2022 eine Umschlagsmenge leicht unter dem Niveau des Vorjahres 2021 erzielt werden. Eine deutliche Verbesserung der Auslastungssituation wird aus heutiger Sicht ab 2023 erfolgen. Bis dahin werden die operationellen Kapazitäten durch Erhöhung der vorhandenen acht Containerbrücken und die Beschaffung von zwei weiteren Containerbrücken aufgestockt. Unabhängig davon ist mittelfristig eine Automatisierung des landseitigen Betriebs zur Schaffung weiterer, effizienter und kostengünstiger Kapazitäten vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2022 hat sich das operative Ergebnis der Gesellschaft insbesondere bedingt durch deutlich erhöhte Lagergelderlöse deutlich verbessert, ist jedoch noch leicht negativ. Der in 2022 erzielte Jahresfehlbetrag beläuft sich auf EUR 5,8 Mio.

Für 2023 wird für die Gesellschaft aufgrund der sich bereits abzeichnenden Normalisierung der Marktsituation und eines damit verbundenen deutlichen Rückgangs der in den beiden vergangenen Jahren außerordentlich hohen Lagergelderlöse in Verbindung mit den zu erwartenden Vorlaufkosten für den Kapazitätsausbau ein gegenüber 2022 deutlich rückläufiges und erneut negatives Jahresergebnis erwartet.



Aufgrund der nicht vorhersehbaren Entwicklung kann der tatsächliche Geschäftsverlauf von den Erwartungen, die sich auf Annahmen und Schätzungen der Unternehmensleitung stützen, abweichen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, die zukunftsgerichteten Aussagen angesichts neuer Informationen zu aktualisieren.

Wilhelmshaven, 16. März 2023

Die persönlich haftende Gesellschafterin EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven Beteiligungsgesellschaft mbH

Mikkel E. Andersen

Marcel Egger

Rechtliche Verhältnisse

Gesellschaftsrechtliche Grundlagen

Die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven KG ist im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter HRA Nr. 200472 eingetragen. Ein Handelsregisterauszug vom 21. März 2023 mit letzter Eintragung vom 15. Juli 2022 lag uns vor.

Es gilt der Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 29. April 2022.

Gegenstand des Unternehmens

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Investitionen in die Suprastruktur des EUROGATE Containerterminals in Wilhelmshaven sowie den Betrieb dieses Containerterminals mit allen damit zusammenhängenden Nebentätigkeiten und verwandten Tätigkeiten im weitesten Sinne.

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Kapitalanteile

Das Kommanditkapital beläuft sich auf EUR 1.000.000,00 (Vorjahr: EUR 1.000.000,00) und ist voll eingezahlt.

Zum 31. Dezember 2021 wurde das Kommanditkapital wie folgt gehalten:

	EUR	%
EUROGATE Holding	700.000,00	70,0
APMT Wilhelmshaven	300.000,00	30,0
	1.000.000,00	100,0

Mit Abschluss des Kaufvertrags vom 24. September 2021 mit Wirkung zum 29. April 2022 zwischen der Hapag-Lloyd AG und der APM Terminals Deutschland Holding GmbH, Hamburg (APMT Holding), wurden die zuvor von der APMT Wilhelmshaven gehaltenen Anteile von der HL Terminals übernommen. Das Kommanditkapital wird nach Abschluss der Transaktion wie folgt gehalten:



	EUR	%
EUROGATE Holding	700.000,00	70,0
HL Terminals	300.000,00	30,0
	1.000.000,00	100,0

Geschäftsführung und Vertretung

Geschäftsführende Gesellschafterin ist die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH als Komplementärin der Gesellschaft.

Die Geschäftsführer der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH sind im Anhang (Anlage 3) namentlich aufgeführt.

Zum Prokuristen der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH ist Armin Gerhard Hüser bestellt.

Die Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinsam oder durch einen Geschäftsführer zusammen mit einem Prokuristen vertreten. Herr Marcel Egger ist einzelvertretungsberechtigt. Die Geschäftsführer und der Prokurist sind von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Geschäftsführende Gesellschafterin

Die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven GmbH ist im Handelsregister des Amtsgerichts Oldenburg unter HRB Nr. 200472 seit dem 14. September 2006 eingetragen.

Das voll eingezahlte Stammkapital beträgt EUR 25.000,00 und wird zum Bilanzstichtag mit EUR 17.500,00 von der EUROGATE Holding und mit EUR 7.500,00 von der HL Terminals gehalten.

Die geschäftsführende Gesellschafterin hat keine Einlage in die EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven KG geleistet.

Gesellschafterbeschlüsse

Auf der Gesellschafterversammlung am 25. November 2021 wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2020
- Der Jahresfehlbetrag von EUR 59.476.538,71 soll den Kapitalkonten II der beiden Gesellschafter zugewiesen werden.
- Entlastung der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020
- Wahl der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Hamburg, zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2021

Mit den folgenden Gesellschafterbeschlüssen wurden Einzahlungen entsprechend der Anteile der Kommanditisten an der Gesellschaft in die Rücklagen beschlossen:

Einzahlungen im	1. Halbjahr 2021	- 6. November 2020:	EUR	4.500.000,00	- 29. März 2021:	EUR 4.800.000,00
Einzahlungen im	2. Halbjahr 2021	- 4. Juni 2021:	EUR	10.000.000,00	- 10. September 2021:	EUR 63.000.000,00 (Umwandlung der Gesellschafterdarlehen in die Kapitalrücklage)
Einzahlungen im	2. Halbjahr 2022	- 3. August 2022:	EUR	20.500.000,00		

Mit Gesellschaftsbeschluss vom 29. April 2022 wurde den Mitgliedern des Advisory Boards der EUROGATE Container Terminal Wilhelmshaven KG Entlastung erteilt.



Steuerliche Verhältnisse

Die Veranlagungen durch das Finanzamt sind bis einschließlich Veranlagungszeitraum 2020 erfolgt. Die Steuererklärungen für das Geschäftsjahr 2021 wurden bei dem zuständigen Finanzamt bisher noch nicht eingereicht.

Die steuerliche Außenprüfung für die Veranlagungszeiträume 2015 bis 2017 hat im Jahr 2021 begonnen. Die Ergebnisse dieser Prüfung lagen zum Zeitpunkt unserer Jahresabschlussprüfung noch nicht vor.

Feststellung

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr wurde am 11.05.2023 festgestellt.